



eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

„IMPRESSIONEN“ aus der NÖ Landtagssitzung vom 29.01.2026



#zusammenHaltNÖ is watching you...

Unter diesem Motto nahmen auch diesmal wieder Beobachter*innen an der Landtagssitzung teil – diesmal wegen des Landtagssaal-Umbaus allerdings per Video-Stream.

Die Sitzungen werden laut Ankündigung der Landtagsdirektion bis Sommer 2027 in ein Ausweichquartier des Leopoldsaales stattfinden.

Die **#zusammenHaltNÖ**-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" alle in der Abstimmungsübersicht gelb markierten Tagesordnungspunkte/TO-Punkte.

Inhaltsverzeichnis

Abstimmungsergebnis	3
TO-Punkt 1: Mitteilungen	4
TO-Punkt 2: Aktuelle Stunde betreffend Energiepreise senken – EVN-Übergewinne gehören allen Niederösterreichern!	5
TO-Punkt 3: Aktuelle Stunde betreffend Säulen der Sicherheit für Niederösterreich: Wehrpflicht, Miliz und Zivildienst weiterdenken	10
TO-Punkt 6: Vorlage der Landesregierung betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen den Ländern Niederösterreich und Wien zur Errichtung und zum Betrieb eines Biosphärenpark Wienerwald, Änderung	11
TO-Punkt 7: Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Mobilitätsgesetz 2024 (NÖ MobG 2024) . 12	
TO-Punkt 9: Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Kinder- und Jugendhilfebericht 2024	13
TO-Punkt 10: Antrag betreffend Erhalt und Weiterentwicklung der Sonderpädagogik und der Sonderschulen	16
Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN:	19
Nächste Landtagssitzung:	19

Landtagssitzung 29. Jänner 2026

Abstimmungsergebnis

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
4	Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Fördertransparenzgesetz (NÖ FTG 2025)					
5	Vorlage der Landesregierung betreffend Landwirtschaftliche Fachschule Hollabrunn, Neubau Schülerheim, Zu- und Umbau Schule, Grundsatzbeschluss					
6	Vorlage der Landesregierung betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen den Ländern Niederösterreich und Wien zur Errichtung und zum Betrieb eines Biosphärenparks Wienerwald, Änderung					
7	Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Mobilitätsgesetz 2024 (NÖ MobG 2024)					
8	Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs in St. Pölten und Niederösterreich					
9	Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Kinder- und Jugendhilfbericht 2024					
10	Antrag betreffend Erhalt und Weiterentwicklung der Sonderpädagogik und der Sonderschulen/Antrag auf getrennte Abstimmung					
	10a: Ausschussantrag Punkt 1:					
	10b: Ausschussantrag Punkt 2:					
11	Bericht des Landesrechnungshofes betreffend NÖ Sozialpädagogisches Betreuungszentrum Hollabrunn (Bericht 8/2025)					
12	Bericht des Rechnungshofes betreffend Gemeindeverband Musikschule Staats (Reihe Niederösterreich 2025/5)					
13	Antrag betreffend Aufwertung des Sports in Niederösterreich					

TAGESORDNUNGSPUNKTE

TO-Punkt 1: Mitteilungen

- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- [Mitteilung des Einlaufes](#) (Hinweise auf Berichte, Anträge, Vorlagen der LR, Anfragen und Anfragebeantwortungen)
- sonstige Mitteilungen
- Redezeit

Diesmal weisen wir besonders auf folgende Anträge bzw. Anfragen und Anfragebeantwortungen hin:

- Antrag der Grünen betreffend **Umstellung des Bezahlkartensystems in der Grundversorgung von täglicher auf wöchentliche Überweisung**
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/886/0886_Antrag.pdf
- Antrag der Grünen betreffend **Neuverhandlung Gesundheitsplan 2040+**
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/887/0887_Antrag.pdf
- Anfrage von **Abg. Silvia Moser/Grüne** betreffend **Sekundärtransporte Rettungsdienst** (Johanniter NÖ)
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/883/0883_Anfrage.pdf
- Anfrage von **Abg. Georg Ecker/Grüne** betreffend **Verkehrsbelastung an der B34**
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/889/0889_Anfrage.pdf
- Anfrage von **Abg. Georg Ecker/Grüne** betreffend **Verspätungen und Zugausfälle in der Ostregion**
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/890/0890_Anfrage.pdf
- Anfrage von **Dominic Hörlezeder/Grüne** betreffend **Tierschutzskandal in einem AMA-Schweinebetrieb im Bezirk Hollabrunn und Konsequenzen für den Vollzug des Tierschutzrechts in Niederösterreich**
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/849/0849_Anfragebeantwortung.pdf
Anfragebeantwortung: https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/849/0849_Anfragebeantwortung.pdf
- Anfrage von **Abg. Christoph Müller/Neos** betreffend **Beschaffung von Bussen chinesischer Hersteller durch Landes- und Gemeindebetriebe sowie Gewährleistung der IT- und Betriebssicherheit**
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/855/0855_Anfrage.pdf
Anfragebeantwortung: https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/855/0855_Anfragebeantwortung.pdf
- Anfrage von **Abg. Indra Collini/Neos** betreffend **Deutschförderung, pädagogisch-administrative Fachkräfte und Schulsozialarbeit**
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/857/0857_Anfrage.pdf
Anfragebeantwortung: https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/857/0857_Anfragebeantwortung.pdf
- Anfrage von Abg. Silvia Moser/Grüne betreffend **Bezahlkarte- System mit hoher Fehleranfälligkeit, hohem Verwaltungsaufwand und Stigmatisierung für Betroffene**
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/862/0862_Anfrage.pdf
Anfragebeantwortung: https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/862/0862_Anfragebeantwortung.pdf

TO-Punkt 2: Aktuelle Stunde betreffend Energiepreise senken – EVN-Übergewinne gehören allen Niederösterreichern!

Bei der von **Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP** und ihren anderen SP-LT-Kolleg*innen beantragten „Aktuellen Stunde“ wurde rasch klar, dass beim Thema Energiepreise, Übergewinne, Netzkosten und Kosten des weiteren Netzausbaus die Sichtweisen und Meinungen der Mandatar*innen und ihrer Parteien deutlich divergierten.

So argumentierte **Abg. Suchan-Mayr**, das Land NÖ halte an der EVN eine Aktienmehrheit von 51%, in den letzten drei Jahren betrage das kumulierte Konzernergebnis 1,44 Mrd. €, das bedeute jährliche Nettogewinne von 500 Mio. €, doppelt so viel wie 2022 und davor. Diese Übergewinne würden nicht bei den Kund*innen ankommen. Energie gehöre zur Grundversorgung und müsse leistbar sein.

Die Abgeordnete erwähnt weiters, dass z.B. in Tirol bei der TIWAG die Leistbarkeit in der Satzung stehe und fordert Ähnliches auch für NÖ. Der im Rahmen des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes/EIWG neu geschaffene Sozialtarif ab 1. April 2026 komme viel zu spät und hätte schon vor dem Winter eingeführt werden müssen.

Im Gegensatz zu **Abg. Suchan-Mayr** stellt **Abg. Christoph Müller/NEOS** den Begriff „Übergewinn“ in Frage. Er weist darauf hin, dass die Ursachen für die hohen Energiepreise in NÖ die Netzkosten seien, die zu starke Abhängigkeit von fossiler teurer Energie und der zu langsame Ausbau von erneuerbarer günstiger Energie.

NÖ habe im Österreichvergleich sehr hohe Netzkosten, die 2025 nochmals um 7%, im Rest des Landes nur um 1,3% gestiegen seien. Österreich habe über 100 regionale Netzbetreiber, während das viel größere Italien nur einen einzigen habe. In Österreich machten die Netzkosten 25%, in Italien nur ca. 10% der Energiepreise aus.

Abg. Josef Edlinger/VP gibt zu bedenken, dass im Unterschied zur EVN die TIWAG zu 100% im Besitz des Landes Tirol sei. Und während der Verbund seinen Strom selbst herstellen könne, würde die EVN nur rund 40% des an Kund*innen weitergegebenen Stroms selbst produzieren und müsse 60% am Markt zu Marktpreisen einkaufen. Es habe allerdings eine Reihe von Abfederungen durch Bund und Land NÖ gegeben, wie z.B. die Strompreisbremse des Landes, bei der fast ein Jahresergebnis der EVN an die Kund*innen ausgeschüttet worden sei. Mit dem Beschluss des [Elektrizitätswesengesetzes](#) und der Einführung der Smartmeter seien sowohl die rechtlichen, als auch die technischen Voraussetzungen geschaffen worden, um ab 1.4. einen neuen Tarif anbieten zu können, zu dem gewechselt werden könne. Außerdem sei es möglich, im Sommer einen weiteren Rabatt in Anspruch zu nehmen, wenn man den Stromverbrauch zwischen 10 und 16 Uhr steuern könne. Dies könne eine Ersparnis von ca. 190€/Haushalt ergeben.

Die EVN habe sowohl in die Smartmeter-, als auch in IT-Infrastruktur investieren müssen.

Abg. Edlinger geht danach auf die erwähnten Übergewinne der EVN ein und weist darauf hin, dass diese im selben Zeitraum, in dem 1,4 Mrd. € Gewinn erwirtschaftet wurde, 2,4 Mrd. in Netze, Infrastruktur, in die Umsetzung der Klima- und Energieziele und v.a. in die Versorgungssicherheit investiert wurde. Die Nettoverschuldung werde sich bis 2030 verdoppeln. Abschließend zitiert der Abgeordnete aus einer [Studie des Momentum-Instituts](#), die die Übergewinne diverser Energieversorger auflistet. Demnach habe die Kärntner Kelag fast 300% an Übergewinnen erwirtschaftet, die TIWAG 279%, die Illwerke AG Vorarlberg 252%, die Energie OÖ AG 205%, die Burgenland AG 186%, die Salzburg AG 175%, Energie Steiermark 167% und die EVN 74%.

Ein gemeinsames Anliegen aller Fraktionen müsse es sein, die Netzkosten in NÖ zu sen-

ken. Die Netze würden auch überregional benützt, daher müsse es auch eine faire Verteilung der Kosten geben.

Zu Beginn ihres Redebeitrags weist **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** darauf hin, dass durch die Strompreissenkung der EVN ab April 2026 nur EVN-Kund*innen umfasst seien, jedoch nicht der Teil von NÖ (Industrieviertel!), der im Versorgungsbereich der Wien Energie liege. Sie wirft dann „Schwarz und Rot“ jahrelange Versäumnisse und Verzögerungen vor bzw. endlose Diskussionen um das Ökostromgesetz, wodurch Österreich als Wirtschaftsstandort verloren habe. Bei der Postenbesetzung in der EVN seien sie aber beide aktiv gewesen. Jedoch die Transformation hin zu erneuerbarer Energie sei von „Schwarz und Rot“ gleichermaßen über Jahrzehnte in diesem Land blockiert worden. Nur die erneuerbare Energie würde langfristig die Preise drücken und Unabhängigkeit bzw. Versorgungssicherheit durch Windkraft und Sonnenenergie ermöglichen. Die Abgeordnete wirft auch der FPÖ vor, nach Ende der Strompreisbremse ab Jänner 2025 das darauffolgende Jahr verschlafen zu haben. Die Koalition zwischen Schwarz und Blau hätte die Position NÖs als Großaktionär der EVN gegenüber nutzen und an der Tarifschraube drehen können.

Abg. Krismer-Huber äußert weiters Kritik an der SPÖ, bei der Transformation des Energiesystems noch nie gegläntzt zu haben. Sie zählt auf, welche Themenbereiche von der SPÖ in der Vergangenheit blockiert oder abgelehnt wurden: Sozialdemokratie gegen das [Biogasgesetz](#), gegen das „[Erneuerbare Wärmegesetz](#)“, gegen das „[Erneuerbare Energien-Gesetz](#)“ und erklärt, dass bei Nichterreichung der Klimaziele 29 Mrd. € an Bußgeldern drohen. Und wieder kritisiert die Abgeordnete roten Postenschacher, da kurz nach Regierungsbeteiligung der SPÖ in der eControl rasch ein „*roter Vorstandsposten*“ besetzt worden sei.

Abg. Krismer-Huber zweifelt abschließend in äußerst angriffiger Art die Rechenkompetenz des roten *Landesrats Hergovich* an, als sie ihm vorrechnet, dass die EVN keine Übergewinne mache, ganz im Gegenteil. Laut Konzernbericht habe die EVN AG. zwischen 2022 – 2025 1,4 Mrd. € Gewinn erwirtschaftet, habe aber auch 2,25 Mrd. € investiert. Sie sehe da ein Defizit und keine Übergewinne. Endlich würde Geld in die Netze investiert. Dies sei daher von Seiten des SP-Landesrats „*dunkelroter Populismus*“.

Diese Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie kann **Abg. Franz Schnabl/SP** nicht auf seiner Partei sitzenlassen und beginnt seinen Redebeitrag ebenfalls auf angriffige Art. Er wirft den Grünen vor, während ihrer Regierungsbeitrag Geld mit der Gießkanne ausgeschüttet zu haben, das für das derzeitige Budgetdefizit verantwortlich sei. Daran würden Generationen und alle sozialen Schichten, auch Unternehmer, Wirtschaftsbetriebe die nächsten Jahre leiden. Es wäre gut, wenn die Grünen die nächsten zehn Jahre nicht in der Regierung wären.

Seit 2021 würde darüber gesprochen, wie die Verwerfungen im Energiepreissektor und die galoppierenden Strompreise Wirtschaft und Haushalte betreffen und daher den Niederösterreicher*innen Sorgen verursachen.

Es sei nicht das erste Mal, dass auch die EVN die Energiepreise gesenkt habe. Auch kritisiert *Abg. Schnabl* den Druck der Landeshauptfrau und ihres Stellvertreters LR Pernkopf auf die EVN, der jedoch nicht in persönlichen Verhandlungen, sondern, öffentlichkeitswirksamen, über die Medien erfolgte. Die LHF verkündete auch schon im Vorfeld, man könne davon ausgehen, dass ihre Botschaft gehört werde (KURIER, 21.01.2026 und [KOSMO, 23.01.2026](#)), worauf die EVN schließlich pflichtschuldig mit einer Senkung der Energiepreise reagiert habe. Die Strompreissenkung auf 10 Cent pro Kilowattstunde sei zu wenig und zu spät, denn sie komme nach der Heizpe-

riode. Außerdem würde sie nicht mit 1. Februar in Kraft treten, sondern mit 1. April. Dies erinnere an andere Ereignisse, die mit dem Datum 1. April in Verbindung gebracht werden.

Die EVN hätte, ähnlich wie der Verbund, den Strompreis deutlich mehr senken müssen (Anm. #zH: Verbund ab 1. März 2026 von derzeit 15,6 Cent auf 9,5 Cent).

Abg. Schnabl geht dann wieder auf das Thema Übergewinne ein, sieht es aber offenbar anders, als seine Vorredner*innen. Er hält fest, dass die hohen Energiepreise im Vergleich zum Ausland Haupttreiber der wirtschaftlichen Schwäche Österreichs seien und auch der deutlich höheren Inflation als im gesamte Euro-Raum.

Die Sozialdemokratie würde daher auch weiter darauf drängen, dass „Luxusposten“ abgeschafft und Vorstandsbezüge nach dem Wiener Modell begrenzt würden, denn dies sei mit ein Verursacher der hohen „Eigenverluste“, wie dies *Abg. Edlinger/VP* genannt habe. (Anm. #zHNÖ: im Jahr 2024 wurde bei der EVN ein dritter Vorstandsposten geschaffen, der auf Grund eines weiteren Jahresgehalts von ca. 600.000 € höchst umstritten ist)

Abg. Schnabl sagt weiters, „*Und wir werden dafür sorgen und darauf drängen, dass Gewinne – Übergewinne - Tarife, unverzüglich angepasst werden. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal erwähnen -und für alle zum Nachlesen – der Bericht des Landesrechnungshofes, aber v.a. der Bericht der eControl und der Taskforce der Bundeswettbewerbsbehörde, die haben festgestellt: in dem Moment, wo eine Markterhöhung kommt, wird das unverzüglich an die Endkunden weitergegeben, aber die Senkungen der Grundtarife, die werden nicht unverzüglich, die werden mit sieben, acht, neun, zehn Monaten Verzögerung erst weitergegeben. Und das ist ein Umstand, der nicht hinnehmbar ist.*“

Der Abgeordnete geht dann noch auf das „Verkaufskarussell“ – merkwürdige Ver- und Rückkäufe (mit Aufschlag!) - von Eigenproduktion

an die Energieallianz, wobei die Niederösterreicher*innen als Endkund*innen diesen Mehrpreis bezahlen müssen ([Video: ab Minute 07:36](#))

Die Forderung bleibe daher aufrecht, die Übergewinne der vergangenen Jahre an die Stromkund*innen weiterzugeben. Hier habe die FPÖ eine wichtige Rolle. Und *Abg. Schnabl* zitiert aus einer früheren Rede von *FP-Klubobmann Reinhard Teufel*: „*Die Übergewinne gehören in Form eines Gutscheines an die Verbraucher*innen in NÖ zurückgegeben. Denn wenn wir das nicht tun, dann läuft etwas grundsätzlich falsch in diesem Land*“. Übergewinne seien keine Naturgesetze, sie seien nicht gottgegeben, sie seien das Ergebnis einer politischen Entscheidung. Und *Abg. Schnabl* sagt v.a. in Richtung FPÖ, dass der diesbezügliche Antrag seiner Fraktion bei der nächsten Landtagssitzung eine breite Zustimmung und erhalten werde.

Abg. Dieter Dorner/FP geht ebenfalls nochmals auf die Übergewinne der EVN ein und weist darauf hin, dass die EVN neben einem Konzernergebnis von 1,44 Mrd. € in derselben Zeit 2,36 Mrd. € in den notwendigen Netzausbau investiert habe, um die Versorgungssicherheit in NÖ zu gewährleisten.

Der Abgeordnete kann sich einen Seitenhieb auf die SPÖ nicht verkneifen und behauptet, die EVN habe schon früher einmal drei Vorstände gehabt. Aber damals war einer davon aus der SPÖ und das habe die Partei damals nicht gestört. Er weise darauf hin, dass die FPÖ keinen Vorstand stelle.

Abg. Dorner geht dann auf Aussagen seiner Vorrednerin *Abg. Krismer-Huber* ein, die sagte, wenn man erneuerbare Energie in den Strommarkt hineinschiebt, dann habe man billigere Tarife. Das erinnere ihn an die Aussage der früheren Ministerin, die sagte, Wind und Sonne würden keine Rechnung schicken, was auch stimme. Aber damit man die Energie von Wind und Sonne nutzen könne, müssten zig Milliarden in die Netze investiert werden.

Und er zitiert dann aus einer Studie der AK Wien, die besagt, dass bis zum Jahr 2030 50 Mrd. € in den Ausbau der Netze und der Speicher investiert werden müssten. Dies würde entweder über die Zahlungen der Stromkund*innen finanziert bzw. über die Gelder der Steuerzahler*innen. Und der Abgeordnete geht auf den Vergleich mit dem Bund ein, der mit seinen Wasserkraftwerken unter 2 Cent/kWh produzieren könne. Investitionen seien nur mehr für die Aufrechterhaltung des Betriebs notwendig. Im Unterschied dazu müsse die EVN über 60% des Stroms, den sie verkauft, einkaufen. Und im Unterschied zu vielen anderen Anbietern garantiere die EVN die Versorgungssicherheit bei Strom, Gas und Fernwärme, was andere Energieunternehmen nicht machen würden.

Abg. Dorner geht dann auf die Netzgebühren für Gas ein, die in NÖ besonders hoch seien. In der Vergangenheit sei russisches Gas durchgeleitet worden und Österreich habe dafür kassiert. Diese hunderten Millionen würden jetzt fehlen. Und schließlich kritisiert der Abgeordnete das „Erneuerbare Energien und Elektrizitätswirtschaftsgesetz“. Es sehe das Verursacherprinzip bei der Finanzierung der Netze, doch die Realität sei eine andere. Diejenigen würden nichts zahlen, „*die die Windmaschinen in den Wald stellen oder die Großen, die auf ihren riesigen Hallen PV-Anlagen haben, die die PV-Anlagen auf die grüne Wiese auf den Acker stellen*“. Die Zielsetzung im EIWG habe mit der Realität auch Dank der Einmischung der Grünen überhaupt nichts zu tun.

Abg. Dorner weist dann darauf hin, dass Stromkund*innen, die über eine Energiegemeinschaft oder über Point-to-Point-Verträge Strom beziehen, würden auf Kosten aller jener, die in großen Wohnhausanlagen ohne die Möglichkeit von eigenen PV-Anlagen wohnten, billigeren Strom beziehen. Das müsse allen bewusst sein. All das zeige, in welche falsche Richtung die Energiepolitik in Österreich derzeit gehe. Und der Abgeordnete polemisiert auf sehr emotionale Art gegen Windräder,

„*wodurch die Zukunft unserer Kinder vernichtet und unsere Heimat verkauft werden würde*“. Er fordert stattdessen den Ausbau der Wasserkraft und der Geothermie. Abschließend kritisiert *Abg. Dorner*, dass zwar kein russisches Pipeline-Gas, aber russisches LNG-Gas über Indien um den dreifachen Preis gekauft werde. Er verstehe weder die Logik, noch die Moral dahinter. Und der Abgeordnete schließt mit den Worten: „*Wir stehen für eine Energiepolitik mit Realismus, Versorgungssicherheit, Schutz unserer Heimat, damit Strom nicht nur ein politisches Schlagwort ist, sondern wieder leistbar wird*“.

Als letzter Redner kommt der **VP-Landeschäftsführer *Abg. Matthias Zauner*** zu Wort und beginnt seine Rede auf gewohnt polemische Art mit einem Angriff auf die SPÖ. Er meint: „*Wüsste ich nicht, dass wir uns im nö. Landtag befinden und es eine aktuelle Stunde ist, ich würd' ja meinen, wir sitzen im SPÖ-Renner-Institut in einer Vorlesung über dunkelroten Populismus*“. Dies ruft verständlicherweise etwas Unmut im Sektor der Sozialdemokratie hervor.

Der Abgeordnete geht dann auf das Strommarktgesetz ein und bedankt sich bei der Bundesregierung und den Grünen, dass sie das möglich gemacht hätten. (Anm.#zH: [die Grünen hatten mit ihrer Zustimmung im Nationalrat zum Elektrizitätswirtschaftsgesetz/EIWG die notwendige Verfassungsmehrheit ermöglicht](#)). Und er erwähnt weiters die [Verordnung der eControl](#) und stellt fest, die EVN sei der erste Landesenergieversorger, der diese Preissenkung durchführe. Dieser Tarif liege deutlich vor den Bundesländern Kärnten, Burgenland, Wien oder Steiermark. Und er wirft der SPÖ neuerlich Populismus vor, denn die Kelag in Kärnten habe angeblich verlauten lassen, sie würde diese Strompreissenkung nicht durchführen. Warum die Preissenkung erst am 1. April in Kraft trete erklärt *Abg. Zauner* mit technischen Umstellungen und geht dann auf den von der Bundesregierung geplanten Sozialtarif ein. Er würde all jenen, die ORF-

gebührenbefreit sind, zugutekommen – also Mindestpensionist*innen und Mindestsicherungsempfänger*innen. Zuständig sei der SPÖ-Finanzminister und der Sozialtarif komme mit 1. April. Die SPNÖ werfe ihrem eigenen Finanzminister Versagen und einen „Aprilscherz“ vor, was nicht in Ordnung sei. Der Abgeordnete geht dann auf jene zehntausenden Haushalte in NÖ ein, die nicht im Versorgungsnetz der EVN, sondern der Wien Energie sind, z.B. in Mödling, Baden, Klosterneuburg. Und er fragt, wo da die Preissenkung der Wien Energie sei. Dorthin sollte die Sozialdemokratie doch einen Draht haben und sich für die Entlastung der nÖ. Landsleute rund um Wien einsetzen. *Abg. Zauner* spricht dann noch den Vergleich von *Abg. Suchan-Mayr* zwischen EVN und TIWAG an. Der Unterschied: die TIWAG sei zu 100% in Landesbesitz, die EVN nur zu 51%. Außerdem sei die EVN börsennotiert mit 51% EVN, zusammen mit der Wien Energie und ganz viel Streubesitz. Daher sei die Gesetzesänderung auf Bundesebene notwendig gewesen.

Zum Thema Übergewinn gibt er zu bedenken, würde die EVN nicht Geld investieren, würden in NÖ zehntausend Arbeitsplätze der Zulieferfirmen verloren gehen. Das könne die Sozialdemokratie doch nicht unterstützen. Er weist dann nochmals auf die von *Abg. Edlinger* genannten Zahlen des gewerkschaftsnahen Momentum-Instituts hin und fordert abschließend eine gerechte Neuverteilung der Netzgebühren.

#zusammenhaltNÖ kommentiert: Die Energiepreisdiskussion wird nach wie vor sehr populistisch geführt und ist nicht faktenorientiert.

Interessant ist, dass in der Debatte nicht erwähnt wird, warum die Energiepreise im Jahr 2022 nach oben geschneit sind. Es waren die explodierenden Gaskosten, die bis heute die Höhe des Strompreises bestimmen. Anstatt sich seit 2022 intensiv zu bemühen, den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen und den Gasverbrauch deutlich zu senken, stren-

gen sich die Bundesländer (Energie ist Bundesländersache) bis heute massiv an, die Ausbaugeschwindigkeit der Erneuerbaren einzubremsen. Dabei zeigen [österreichische Studien](#) und [internationale Studien](#), dass der Strompreis deutlich mit der Menge an Erneuerbarem Strom im System sinkt. Da hätte man schon seit Jahren andere Politik machen können. In Deutschland wurden, aufgrund von legislativen Vereinfachungen, 2025 20.000 MW neue Windkraftleistung in nur einem Jahr genehmigt. Das ist 5-mal so viel, wie in Österreich insgesamt an Windkraft derzeit in Summe installiert ist.

Das österreichische Stromnetz ist vor knapp 70 Jahren groß ausgebaut worden und seitdem nicht wesentlich verändert worden. Heute kommen viele Teile des Stromnetzes an ihr Lebensalter und müssen daher ausgetauscht werden. Darüber hinaus muss ein Stromnetz der Zukunft anders aufgebaut sein, weg von wenig zentralen Kraftwerken, hin zu vielen dezentralen Erneuerbaren Anlagen. Der Umbau kostet Geld, so wie auch das Handymastsystem aufgebaut werden musste oder Glasfaserkabeln für eine schnelle Internetübertragung ausgebaut werden. Auch der Smartmeterausbau, der jetzt günstigere Strompreise um die Mittagszeit ermöglicht, musste von der Bevölkerung bezahlt werden. Wer in dieser Phase die Kosten begrenzen will, bremst den Ausbau der Erneuerbaren, der aber der einzige Garant für eine günstige Energieversorgung ist. Jede Kilowattstunde Erneuerbarer-Strom reduziert den Gasverbrauch in Österreich und damit die Kosten. Über die Aufteilung der Kosten muss diskutiert werden. Es kann nicht sein, dass jene Bundesländer, die sich beim Ausbau der Erneuerbaren stärker engagieren und dadurch den Netzbau vorantreiben, höhere Netzgebühren zu tragen haben, als jene, die den nötigen Ausbau der Erneuerbaren sogar aktiv verhindern.

Energieversorgung ist ein komplexes System. Das derzeit in Europa vernetzte Stromsystem wurde in den letzten 15 Jahren entwickelt. Schnelle Änderungen sind in so einem komplexen System schwer möglich. Wer glaubt mit populistischen Forderungen den Strompreis

reduzieren zu können, wird sich morgen in einem Energiesystem befinden, das sich viele in Österreich nicht mehr leisten können.

Zusatzinformation

[Smart Meter Web-Portal](#)

[EVN Vorstandsgehälter : 1,9 Mio. Euro für drei Direktoren - NÖ Aktuell \(06.02.2026\)](#)

[EVN senkt nach politischen Forderungen Strompreise - noe.ORF.at \(23.01.2026\)](#)

[EVN zieht beim Strompreis nach: Warum kommen die günstigen Angebote so spät? - Wirtschaft - derStandard.at › Wirtschaft \(23.01.2026\)](#)

[EVN Strompreissenkung 2026: Haushalte sparen bis zu 190 Euro \(KOSMO, 23.01.2026\)](#)

[LH Mikl-Leitner, LH-Stv. Pernkopf: „EVN-Tarif-Senkung muss deutliche Entlastung bringen“ - Land Niederösterreich \(23.01.2026\)](#)

[Hergovich: Mikl-Leitner aus Winterschlaf erwacht - nach drei Jahren bemerkt die Landeshauptfrau die hohen EVN-Preise \(SPÖ NÖ, 22.01.2026\)](#)

[Landeshauptfrau erhöht den Druck auf die EVN | Energynewsmagazine \(22.01.2026\)](#)

[EVN - Landeshauptfrau: „Energieversorger müssen Strompreise senken“ - NÖN.at \(21.01.2026\)](#)

[Strompreis: Pernkopf fordert zehn Cent auch von EVN - noe.ORF.at \(16.01.2026\)](#)

[Österreich-Tarif von Verbund: Alles, was Sie wissen müssen | durchblicker.at \(12.01.2026\)](#)

[Verbund senkt ab März Strompreis für Haushalte um ein Drittel - Wirtschaft - derStandard.at › Wirtschaft \(12.01.2026\)](#)

[Ausgerechnet der Wien-Energie-Chef wird Vorstand der E-Control \(Profil, 09.01.2026\)](#)

[Nationalrat: Elektrizitätswirtschaftsgesetz erhält mit Zustimmung der Grünen notwendige Verfassungsmehrheit \(PK1179/12.12.2025\) | Parlament Österreich \(12.12.2025\)](#)

[E-Control begrüßt Einigung zum EIWG - E-Control \(11.12.2025\)](#)

[Netzkosten steigen: NÖ unter Spitzenreitern - noe.ORF.at \(21.10.2025\)](#)

[E-Control legt Verordnung zur Netzkostenenkung vor - Regierung grübelt weiter über EIWG | PHOTOVOLTAIC AUSTRIA \(20.10.2025\)](#)

[Landesenergieversorger Report 2025 - Momentum Institut \(August 2025\)](#)

[Strom- und Gasnetzentgelte erhöhen sich für 2025 - E-Control \(o.D.\)](#)

[Biogasgesetz scheiterte im Nationalrat an Zweidrittelmehrheit - Parlament - derStandard.at › Inland \(05.07.2024\)](#)

[SP-Kritik – EVN-Vorstand kassiert 18-faches Durchschnittsgehalt | Heute.at \(30.01.2024\)](#)

[Aufregung um dritten EVN-Vorstandsposten - noe.ORF.at \(11.10.2023\)](#)

[KELAG senkt Strompreis - kaernten.ORF.at \(04.08.2025\)](#)

[Mit neuen Tarifen in eine unabhängigere und kostengünstigere Energiezukunft - Kelag-Mediencenter\(04.08.2025\)](#)

[SPÖ fordert Steuer für Mehrgewinne von Energieunternehmen - SPÖ - derStandard.at › Inland \(23.07.2022\)](#)

TO-Punkt 3: Aktuelle Stunde betreffend Säulen der Sicherheit für Niederösterreich: Wehrpflicht, Miliz und Zivildienst weiterdenken

Mit dem Hinweis auf die Neutralität als österreichische DNA, verweist **Abg. Bernhard Heineberger/VP** in der Einleitung der zweiten Aktuellen Stunde auf die diversen Einsätze des Bundesheeres seit seiner Gründung 1955. Diese Einsätze vermittelten der Österreichischen Bevölkerung (Ungarn 1956, Prager Frühling 1968, Jugoslawien 1991) doch ein gewisses Gefühl des Schutzes und der Sicherheit. Angesichts der unsicheren Zeiten mit Ukraine-Krieg und der unberechenbaren Politik von Donald Trump müsse sich Österreich schützen und dürfe sich nicht bloß auf die Neutralität verlassen.

Neutralität sei für **Abg. Hannes Handler/FP** kein historisches Relikt, sondern ein Sicherheitskonzept, das seinen Preis habe und so sieht er in der geplanten Verlängerung des Grundwehrdienstes eine Qualitätssteigerung. Ebenso würden sich seiner Meinung nach durch einen längeren Zivildienst Verbesserungen für den Rettungsdienst, den Pflegebereich und bei Katastrophen ergeben. Für seine Par-

tei sei der Wehrdienst keine Zumutung, sondern Dienst an der Gemeinschaft, die letzte große Lebensschule vor dem Erwachsenwerden, wo man die Heimat schützen, die Neutralität sichern und Taten setzen könne.

Mit dem Vorschlag der Verlängerung des Grundwehrdienstes und des Zivildienstes geht **Abg. Indra Collini/Neos** kritisch ins Gericht. Für sie zähle Motivation und Kompetenz und nicht nur ein „Mehr“, nicht bloß die Verlängerung. Für die Neos kann die militärische Zukunft für Österreich nur ein Berufsheer sein. Neben der Forderung nach verlässlichen Rahmenbedingungen für die geplante Miliz, tritt **Abg. Collini** vehement gegen eine Verlängerung des Zivildienstes auf. Sie betrachte eine solche Verlängerung gleichsam als Strafmaßnahme, wobei man das Heer gegen den Zivildienst ausspiele. Ein Mehr an Sicherheit sei für die Neos eine europäische Aufgabe und sie plädiert daher für eine Europäische Armee.

Für eine starke und geschlossene EU spricht sich **Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne** aus. Die Verlängerung des Grundwehrdienstes um zwei Monate allein könne jedoch die massiven Sicherheitsprobleme der Zeit nicht abfedern. Für die Grünen beruhe die Sicherheit im 21. Jahrhundert neben der immerwährenden Neutralität, vor allem auch auf der Energieautonomie.

Eine Wehrpflicht für Frauen lehnt **Abg. Kathrin Schindele/SP** für ihre Fraktion entschieden ab. Für die Sozialdemokratie seien sowohl das Bundesheer, als auch der Zivildienst wichtige Einrichtungen zum Schutz der Bevölkerung und für die Sicherheit des Landes. Die weiterführenden Maßnahmen für Wehrdienst und Zivildienst seien notwendig, denn nur eine wehrhafte Neutralität könne die österreichische Souveränität schützen.

Eine gute Ausbildung und Ausrüstung, wie es die Wehrdienstkommission empfiehlt, fordert **Abg. Christian Brenner/FP**. Für ihn seien Wehrdienst und Zivildienst unverzichtbar. Denn ohne Zivildienst wären viele Leistungen v. a. im Gesundheitswesen nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Für **Abg. Anton Erber/VP** sei Österreich keine Insel der Seligen und er behauptet, dass das Land für einen Ernstfall nicht vorbereitet sei. Aufgrund der aktuellen weltpolitischen Lage sei Österreich schon jetzt Cyberangriffen und gezielter Desinformation ausgesetzt. Positiv bewertet er, dass die Wehrdienstkommission die Ausbildungsdauer und die Wichtigkeit der Milizübungen angesprochen habe, um die Verteidigungsfähigkeit Österreichs zu sichern. Aber auch die Neutralität ist ihm ein Anliegen, wo Österreich sich ein Beispiel an der Schweiz nehmen sollte.

[TO-Punkt 6: Vorlage der Landesregierung betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen den Ländern Niederösterreich und Wien zur Errichtung und zum Betrieb eines Biosphärenpark Wienerwald, Änderung](#)

Links zu: [Motivenbericht](#) und [Vereinbarung](#)

Als erster Redner erwähnt **Abg. Christoph Müller/Neos** lobend, dass bei der Änderung der Vereinbarung zwischen NÖ und Wien den Biosphärenpark Wienerwald betreffend die beiden Bundesländer gut zusammenarbeiten. Das wäre auch im Gesundheitsbereich und den sogenannten nÖ. „Gastpatient*innen“ wünschenswert.

Für **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** sei die Schaffung dieses Biosphärenparks einzigartig und erfülle ganz wichtige Funktionen als die Lunge Wiens und des Industrieviertels. Sie weist aber auch darauf hin, dass der Wienerwald mit den Schwarzkiefern und seiner Artenvielfalt unter Druck sei. Auch bestimmte Eingriffe, z.B. durch Deponien, würden den Wienerwald bedrohen. Die Abgeordnete wünscht sich daher, den Landesrechnungshof zu ersuchen, einen genauen Blick auf dieses Thema zu werfen. Es sei zehn Jahre her, seit sich der LRH dieses Themas angenommen habe.

Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP weist darauf hin, dass es sich um einen UNESCO-Biosphärenpark handle. Ziele und Funktionen sei der Schutz von Ökosystemen und Landschaften, Erhalt der biologischen und kulturel-

len Vielfalt oder die Unterstützung von Forschungs- und Bildungsaktivitäten. Ihre Fraktion unterstütze selbstverständlich diese Ziele und daher auch den Antrag.

Der **FP-Abgeordnete Peter Gerstner** wiederholt Fakten seiner Vorredner*innen, meint aber dann offenbar, er müsse an den aktuell gehandhabten Naturschutz Zensuren verteilen. Denn seiner Meinung nach sei viel zu oft von Verboten, Einschränkungen und Auflagen die Rede. Der Biosphärenpark Wienerwald sei das genaue Gegenteil: Natur, Mensch und Wirtschaft würden dort gemeinsam gedacht. Der Abgeordnete ergeht sich dann in einer langatmigen Lobeshymne auf die jahrhundertlange gute Zusammenarbeit von Land-, Forstwirtschaft und Weinbau und zählt Details dieser Kooperation auf. Dies sei „*Umweltpolitik mit Hausverstand*“. Nach dieser Lobeshymne kann es sich der Abgeordnete jedoch nicht verkneifen, Seitenhiebe auf die frühere *Ministerin Gewessler* bzw. die „*Brüsseler Bürokraten*“ auszuteilen.

Als abschließender Redner gibt **Abg. Mario Wührer/VP** einen kurzen Überblick über die Genese des Biosphärenparks Wienerwald mit einer Fläche von 106.000 ha, 51 Gemeinden in NÖ mit 280.000 Bürger*innen und der Stadt Wien mit 750.000 Bürger*innen. Der Abgeordnete geht dann nochmals auf die bereits von *Abg. Suchan-Mayr* genannten Ziele des Biosphärenparks ein und dankt dem Verantwortlichen, Direktor DI Andreas Weiß und seinem Team für ihre wertvolle Arbeit.

TO-Punkt 7: Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Mobilitätsgesetz 2024 (NÖ MobG 2024)

Links: [Motivenbericht](#), [Gesetzesentwurf](#), [Synopse](#)

Abg. Christoph Müller/Neos stellt die Frage, wo die großen Verbesserungen bei den Bussen seien. Es gebe mit dem Gesetz jetzt mehr „FPÖler“ im Aufsichtsrat der NÖVOG, sehr viel Geld für den Straßenbau, aber keinen massiven Ausbau des Öffentlichen Verkehrs.

Keine Erfolgsgeschichte könne **Abg. Georg Ecker/Grüne** im neuen Mobilitätsgesetz er-

kennen. Es seien zwar neue Posten geschaffen worden, doch sehe er dadurch noch keine Verbesserungen für Pendlerinnen und Pendler. Die zahlreichen Versprechungen des neuen Mobilitätsgesetzes 24 würden sich laut **Abg. Michael Bierbach/SP** als „*verkehrspolitische Fehlritte*“ erweisen. Er ortet eine Überforderung der NÖVOG und sieht Probleme vor allem bei den Schülerkarten, den Jugendtarifen, beim Klimaticket und beim länderübergreifenden Verkehr. Unter Hinweis auf kritische Stimmen aus WKÖ und Gemeindebund will er in diesem Gesetz eher einen Rückschritt erkennen.

Bei den bundesländerübergreifenden Bestellungen, Planungen mit den ÖBB, sowie beim Ticket-Verkauf bleibe laut Aussage von **Abg. Herbert Keyl/FP** weiterhin der VOR der zuständige Ansprechpartner. Die Unternehmereigenschaft der NÖVOG werde laut Aussage von *Abg. Keyl* durch das neue Mobilitätsgesetz 24 geregelt, wodurch jetzt auch der Vorsteuerabzug erst möglich werde.

Das *NÖ MobG 2024* bedeute nach Meinung von **Abg. Florian Krumböck/VP** eine strategische Weichenstellung für die Mobilität in Niederösterreich, zu sehr sei man in der Vergangenheit von den Launen des VOR abhängig gewesen.

Zusatzinformation

[VOR Regio und VOR Flex werden zu leopoldi - NÖ.Regional](#) (03.10.2025)

[Zusammenfassung der Stellungnahmen zum NÖ Mobilitätsgesetz 2024](#)

[NÖ Mobilitätsgesetz 2024 \(NÖ MobG 2024\)](#)

TO-Punkt 8: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs in St. Pölten und Niederösterreich

Link: [Antrag](#)

Für SP und FP sei der LUP nach Meinung von **Abg. Christoph Müller/FP** ein Wahlkampfthema geworden. Die Drittel-Finanzierung des Bussystems erfordere eine dringende strukturelle Reform. Die geplante Umstellung auf eine E-Flotte bedürfe noch einer intensiven Diskus-

sion. Es gehe daher beim LUP (Anm. #zH: Stadtverkehr St. Pölten) nicht um Parteipolitik, sondern für die Menschen im Lande um eine Verbesserung des Öffentlichen Verkehrs.

Die mediale Inszenierung im Gemeinderatswahlkampf kritisiert **Abg. Georg Ecker/Grüne** und verlangt auch über den August 2027 hinaus ein gutes Angebot durch den LUP. Er äußert sein Unverständnis für das Hick-Hack zwischen Stadt und Land und fordert konstruktive Verhandlungen. Die Grünen können daher dem vorliegenden Antrag nach § 34 nicht zustimmen.

Für **Abg. Kathrin Schindele/SP** brauche es für ein neues Ausschreibungsverfahren eine gesicherte Finanzierung des Betriebes. Bund und Stadt hätten ihre finanzielle Beteiligung zugesagt, es fehle jedoch die verbindliche Zusage des Landes. Die Abgeordnete sieht folglich auch die Bundesförderung gefährdet, sollte *LH-Stv. Landbauer* weiterhin mit den Landesmitteln zögern. Damit würde er die Zukunft des Öffentlichen Verkehrs in der Landeshauptstadt aufs Spiel setzen.

Der Öffentliche Verkehr sei für **Abg. Hubert Keyl/FP** das Rückgrat der Mobilität. Der LUP mit seinen 5,3 Millionen Fahrgästen 2024 sei daher besonders wichtig für St. Pölten. Obwohl auch das Land als Fördergeber auftritt, sei aber für den innerstädtischen Verkehr vor allem die Stadt verantwortlich. Und für eine seriöse Ausschreibung würden laut **Abg. Keyl** klare Vorgaben der Stadt bzw. Planungsabsichten der Stadt fehlen. Daher sei nicht das Land für die Verzögerungen verantwortlich. Die diskutierte Zielvariante, nämlich eine hundertprozentige E-Flotte zu beschaffen, betrachte seine Fraktion als reines Wunschdenken. Denn weder EU-Vorgaben, noch innerstaatliches Recht würden ein solches „Luxusprogramm“ erforderlich machen.

Nach der Gemeinderatswahl sieht **Abg. Florian Krumböck/VP** jetzt den Weg frei für eine tragfähige Lösung. Seiner Meinung nach habe das LUP-System mit der Drittelbeteiligung von Stadt, Land und Bund bis jetzt gut funktioniert. Und er verweist auf die nach 2027 notwendige Neuausschreibung und die EU-Vorgaben. Im

Hinblick auf die Finanzierung kann sich **Abg. Krumböck** einen Seitenhieb auf Wien nicht verkneifen, wenn er behauptet, es wäre vielen geholfen, wenn ein Bruchteil der 2,8 Mrd. € für den U-Bahn-Ausbau in Projekte in ganz Österreich geflossen wäre.

Zum Schluss der Debatte um den LUP betont **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne**, dass E-Busse für den modernen Öffentlichen Verkehr stünden und Städte durch diese Europäische Direktive gesünder würden.

Zusatzinformation

[Emissionsfreie Stadtbusse: Die neue EU-Verordnung „Heavy-Duty Vehicles Regulation – HDV-Verordnung“ und was sie für die Beschaffung von emissionsfreien Stadtbussen bedeutet](#)

TO-Punkt 9: Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Kinder- und Jugendhilfebericht 2024

Link: [Bericht NÖ Kinder- und Jugendhilfe](#)

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Doris Hahn/SP** ergreift als erste Rednerin **Abg. Edith Kollermann/Neos** das Wort. Sie findet anerkennende Worte für den Bericht über den Ist-Zustand der Kinder- und Jugendhilfe, aber vermisst Schlussfolgerungen daraus. Deshalb nimmt ihre Fraktion den Bericht auch nicht zur Kenntnis.

Der Bericht zeige eine gefährliche Entwicklung: die Belastungen von Kindern und Jugendlichen würden massiv zunehmen, psychische Krisen, soziale Isolation, familiäre Brüche. Die Reaktion darauf zeigt, dass drei Viertel der Mittel in die „volle Erziehung“, in die stationäre Unterbringung gesteckt würden. Es werde ständig von Prävention gesprochen, das Budget spreche jedoch eine andere Sprache. In diesem Bereich sei NÖ nicht „Vorreiter“, sondern liege bloß im Mittelfeld.

Über 25% der in solchen Einrichtungen betreuten Kinder lebten in NÖ. Dies sei deutlich über dem nö. Bevölkerungsschnitt. Bei den Pro-Kopf-Ausgaben liege NÖ mit 290 € weit hinter den anderen Bundesländern. Es gebe hohe Fallzahlen bei vergleichsweise niedrigen

Mitteln und eine starke Fixierung auf stationäre Maßnahmen. Dieses Spannungsfeld beeinträchtigt die Qualität beim Personal, das ausbrennt. Weiters nennt *Abg. Kollermann* die Probleme Fachkräftemangel, der im Bericht auch als Herausforderung beschrieben wurde und Bürokratie, deren Abbau dringend notwendig sei. Es brauche nicht mehr Verwaltung, sondern mehr Zeit am Menschen. Ihre Fraktion fordere flexiblere Ausbildungswege und bessere Arbeitsbedingungen, aber jetzt und nicht erst in ungewisser Zukunft.

Die Abgeordnete geht dann auf die positiven Fakten in diesem Bereich näher ein. Beim Programm der „frühen Hilfen“ werde NÖ als „Best Practice-Beispiel“ angeführt, was großartig sei. Auch die Koordination und Vernetzung der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Gesundheitssystem sei positiv zu bewerten. Dadurch könnten Krisen entschärft werden, bevor sie eskalieren.

Dieser Bericht sei eine solide Bestandsaufnahme, aber kein politisches Signal. Die Neos-Fraktion vermisse den Mut, Mittel radikal dorthin zu verschieben, wo sie nachhaltig wirken: in die ambulante Hilfe, in die Prävention, zu den Fachkräften. Es dürfe keine Verwaltung des Mangels geben, sondern Qualitätssteuerung mit klarer Zielrichtung. Es brauche den weiteren Fokus auf „frühe Hilfen“, Schul- und Familiensozialarbeit, um die schlimmsten Fälle schon im Vorfeld klar erkennen zu können. Und auch bezüglich Mental Health-Thematik werde es in den nächsten Wochen und Monaten noch viele Diskussionen geben, wenn einerseits breiter Konsens bezüglich Forderung nach Kinderschutz bestehe, aber andererseits von manchen der versuchte Schutz von Kindern vor den Einflüssen der Social Media als Einschränkung der Freiheit dieser Kinder interpretiert werde.

Abg. Kollermann dankt allen Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe draußen, meint aber, ihr Dank reiche nicht. Sie verdienten echte Reformen. Dieser Bericht müsse beim nächsten Mal ein Fortschrittsbericht werden.

Abg. Silvia Moser/Grüne stimmt ihrer Vorrednerin in weiten Teilen zu, möchte aber einige Ergänzungen hinzufügen. Was sie etwas irritiert, sei die Tatsache, dass im Jahr 2026 die Zahlen im Bericht aus 2024 stammen. Die Zahlen seien auf Knopfdruck verfügbar, es gebe umfangreiche Dokumentationssysteme und sie nehme daher an, dass die im Bericht genannten Zahlen größtenteils überholt seien. Positiv sei aber, dass der Bericht jährlich erstellt werde. Auch *Abg. Moser* spricht die Probleme der Kinder und Jugendlichen an: Stress, Einsamkeit, Soziale Medien, Medienkompetenz und problematische Smartphone-Nutzung. Diese Themen sollten auch in Weiterbildungsangeboten angesprochen werden, die jedoch derzeit der Realität hinterherhinken würden.

Was bei ihr die Alarmglocken schrillen lasse und ihr große Sorgen bereite, seien die Gründe für Kindeswohlgefährdung. Bisher sei immer Überforderung der erziehenden Personen im Vordergrund gestanden, jetzt sei es körperliche Gewalt an den Minderjährigen. Das müsse zu denken geben. Es zeige sich ein zunehmender Aggressionspegel in der Gesellschaft mit niedrigeren Hemmschwellen. Die Schulsozialarbeit hinke dem Bedarf in krassem Ausmaß hinterher. Laut Bericht gebe es 991 allgemeinbildende Pflichtschulen, wovon 200 mit Schulsozialarbeit ausgestattet seien. Sie hoffe, dass diese Zahl überholt sei und 2025 bereits wesentlich mehr Schulen mit Schulsozialarbeit versorgt seien.

Die wichtigsten Drehscheiben für Kinder- und Jugendhilfe seien die Bezirksverwaltungsbehörden an Bezirkshauptmannschaften, für die die Abgeordnete seit Jahren die Aufstockung an Fachkräften für soziale Arbeit an BHs fordere. Dieser wiederholte Aufruf blieb bisher allerdings ungehört. Diese Fachkräfte für soziale Arbeit hätten einen schier unbewältigbaren Berg an Aufgaben zu stemmen, neben den Aufgaben für Kinder- und Jugendhilfe, über den gesamten Sozialbereich, von Menschen mit Behinderung, Menschen in Notlagen, bis alte Menschen und Pflege.

Bereits die eingehenden Gefährdungsmeldungen würden die meisten Kapazitäten der Sozialarbeiter*innen binden. Es bleibe kaum Platz

für ambulante Hilfe oder Sozialarbeit. Was sie seit Jahren anspreche: die Zusammenlegung von Kinder- und Jugendhilfe mit Sozialem sei fatal gewesen. Vielleicht würde das auch jemandem aus der Fachabteilung auffallen. Den Mitarbeiter*innen an den BHs würde dadurch enormer Stress entstehen, im Krisenfall für alles zuständig zu sein, von der Gefährdungsabklärung, über die Sozialdiagnose, Maßnahmenplanung, Suche nach Krisenplätzen, Kriseneltern, Wohnplätzen etc. Kein Wunder, dass die Personalfuktuation sehr hoch sei, was bereits im [Bericht des Landesrechnungshofs betreffend „System der NÖ Kinder und Jugendhilfe“](#) aufgezeigt wurde. Was neu sei und worüber *Abg. Moser* Klagen höre, sei die Tatsache, dass bei der Unterstützung der Erziehung gespart werden müsse. Sie frage sich, wie kurzsichtig das sei. Sie geht dann auf das von ihr genannte „*Paradoxon der Mittelverteilung*“ in NÖ ein und nennt folgende Zahlen: „Circa 80% der Kinder erhalten ungefähr 18,5% des Budgets im Sinne von Unterstützung der Erziehung und 20% der betreuten Kinder verschlingen mehr als 75% des Budgets [...] das ist die volle Erziehung“. Ein Kind in der „vollen Erziehung“ bedeute Kosten von etwa 50.000 €, dagegen ein Kind in der ambulanten Betreuung etwas über 3.000 €. Es müsse daher dringend mehr Geld in die Prävention investiert werden, um Fremdunterbringung zu verhindern.

Abg. Moser weist auch darauf hin, dass die Kosten im stationären Bereich exorbitant gestiegen seien – plus 21% bei gleicher Kinderanzahl und plus 70% bei den Sondertagsätzen. Sparen bei den ambulanten Hilfen sei daher nicht nur kontraproduktiv, sondern gefährlich. Es bedeute, weniger Hilfen und weniger qualitätsvolle Hilfen. Es müssten kostengünstigere Anbieter genommen werden, was weniger qualifiziertes und schlechter ausgebildetes Personal bedeute.

Die Abgeordnete fordert daher nochmals die absolute Priorität auf Prävention zu setzen und in diesem Bereich keinesfalls zu sparen. Wenn hier gespart werde, gebe es später viel höhere Folgekosten.

Abschließend bedankt sie sich bei allen Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendhilfe, einem der schwierigsten und belastendsten Fachbereiche überhaupt, und kündigt an, ihre Fraktion werde dem Bericht nicht zustimmen.

Abg. Karin Scheele/SP meint dagegen, dass ihre Fraktion dem Bericht sehr gerne zustimmen werde und erwähnt, dass der Bericht die Leistungen sowohl der frühen Hilfen, als auch der stationären Unterbringung würdige. Sie bemerkt auch, dass alle, inklusive *Landesrätin Eva Prischl /SP*, gegen Kürzungen in diesem Bereich eingetreten seien und sogar kleine Verbesserungen erreicht hätten. Es gehe aber an der Realität vorbei, zu glauben, man würde sich bei der stationären Unterbringung Geld ersparen, wenn man mehr in die Prävention investiere. Und die Abgeordnete erinnert an ihre Zeit als Landesrätin, als eine Verdreifachung der präventiven Mittel beschlossen wurde. Sie habe damals jedoch die Rückmeldung von Sozialarbeiter*innen bekommen, wenn mehr Prävention geleistet werden könne, würden auch mehr Probleme entdeckt werden.

Es habe auch früher schon Diskussionen und unterschiedliche Meinungen gegeben, ob es besser sei, Familien zu unterstützen oder Kinder frühzeitig aus Familien herauszunehmen.

Abg. Scheele bedankt sich abschließend bei allen Mitarbeiter*innen, Sozialarbeiter*innen in den Landesjugendheimen oder privaten Trägern, den Bezirksverwaltungsbehörden und der Landesrätin und fordert eine Vervielfachung der Personen, die sich mit dem Thema Kinder- und Jugendhilfe auseinanderzusetzen haben. Dies sei auch zur Unterstützung von Pflegeeltern und Krisenpflegeeltern ganz wichtig und notwendig.

Abg. Edith Mühlberghuber/FP stellt fest, es gehe bei diesem Bericht nicht um Zahlen und Tabellen, sondern um Kinder, die Schutz bräuchten und Familien, die an ihre Grenzen stoßen. Der Bericht zeige, dass die Herausforderungen nicht weniger würden, sondern härter, komplexer und teurer. Es zeige sich auch, dass immer mehr Kinder unter schwierigen Bedingungen aufwachsen und es müssten

immer öfter der Staat und die Behörde eingreifen. Besonders alarmierend sei, dass körperliche Gewalt erstmals der häufigste Grund für eine Kindeswohlgefährdung ist. Immer mehr Kinder erlebten Gewalt dort, wo sie Schutz und Geborgenheit erfahren sollten – in der eigenen Familie. Es sei aber auch klar, dass viele Eltern überfordert seien, durch finanzielle Sorgen, durch psychische Probleme und fehlende Stabilität.

Die Abgeordnete erwähnt ebenfalls die stark gestiegenen Kosten im stationären Bereich und das Auseinanderklaffen von Fallzahlen und Kosten. Dies zeige, dass die Fälle schwerer würden und die Betreuung intensiver. Besonders betroffen machten sie die Zahlen bei den kleinsten Kindern. Immer mehr Kinder unter vier Jahren würden in stationäre Einrichtungen kommen und gleichzeitig gehe die Zahl der Pflegefamilien zurück, was eine sehr gefährliche Entwicklung sei. Gerade die kleinsten Kinder bräuchten Nähe, Beziehung und Stabilität und sollte in diesem Alter nie in einer Einrichtung aufwachsen müssen. Es brauche daher dringend eine Pflegefamilienoffensive.

Abg. Mühlberghuber weist dann noch auf die schwierige Situation der Fachkräfte hin, auf Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen, die oft am Limit arbeiten würden. Viele seien mit akuten Krisen beschäftigt und hätten kaum noch Zeit für vorbeugende Arbeit. Die Folge sei, dass Hilfe zu spät komme und es dann teuer werde und für die Kinder belastender.

Was sie ebenfalls betroffen mache, sei die psychische Lage der Kinder und Jugendlichen, die sich in deutlich zunehmendem Stress, Einsamkeit oder Selbstverletzung äußere. Das seien Alarmsignale einer Generation, die Halt, Orientierung und klare Strukturen brauche. Man dürfe nicht erst reagieren, wenn eine Situation eskaliert sei, es müssten Familien gestärkt und Kinder geschützt werden, bevor Gewalt entstehe. Kinderschutz dürfe nicht ideologisch sein, er müsse praktisch, wirksam und verantwortungsvoll sein. Bezüglich Kinderschutz sei der Bericht eine klare Aufforderung an alle, hinzuschauen, zu handeln, Verantwortung zu übernehmen, damit Kinder in

NÖ sicher, behütet und mit Perspektive aufwachsen könnten.

Als letzte Rednerin ergreift **Abg. Doris Schmid/VP** das Wort und wiederholt ebenfalls Forderungen ihrer Vorredner*innen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Sie listet dann folgende sechs Schwerpunkte auf: Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter*innen zur Erlangung notwendiger Kompetenz und von Wissen zu aktuellen Entwicklungen; Krisenplätze zur kurzzeitigen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Akutfällen; Pflegeoffensive in Familien; Schulsozialarbeit in Kooperation von Bund, Land, Gemeinden und Pflichtschulen; ein Zentrum für Kinder- und Jugendhilfe an der Universität für Weiterbildung in Krems, das ab 2030 die Maßnahmen in diesem Bereich evaluieren sollte; Unterstützung bei der Erziehung. Es sei in den nächsten Jahren noch viel zu tun für die beste Zukunft der Kinder und Jugendlichen.

Zusatzinformation

[NÖ Kinder- und Jugendhilfe: Jahresbericht 2024](#)

[System der NÖ Kinder- und Jugendhilfe, Bericht 6 | 2025, Landesrechnungshof Niederösterreich](#)

TO-Punkt 10: Antrag betreffend Erhalt und Weiterentwicklung der Sonderpädagogik und der Sonderschulen

Link: [Antrag](#)

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Anja Scherzer/FP** hält **Abg. Indra Collini/Neos** ein Plädoyer für inklusiven Unterricht und argumentiert, es dürfe kein Bildungssystem geben, das separiere. Außerdem würden auch Kinder ohne Behinderung vom gemeinsamen Unterricht profitieren.

Abg. Georg Ecker/Grüne hält fest, dass die UN Behindertenrechtskonvention Österreich zu Inklusion verpflichte. Darüber hinaus hätte es auch einen großen Nutzen für die Gesellschaft, Inklusion zu leben und Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt einzubinden. Viele Menschen mit Behinderungen hätten ganz spezielle Talente

und bringen sie auch gerne in die Gesellschaft ein. Es gebe steigende Zahlen an Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und an Kindern in Sonderschulen. Der Abgeordnete geht dann auf den Punkt 1 des Antrags, auf die Wiedereinführung eines eigenen Studiengangs „Sonderpädagogik“ ein und meint, die Grünen könnten dieser Rückkehr zu dem System wie vor zehn Jahren nicht zustimmen. Es widerspreche den Erkenntnissen sämtlicher Bildungswissenschaftler*innen und Expert*innen und sei ohne eine tiefgreifende Analyse der Erfahrungen der letzten zehn Jahre auch nicht sinnvoll.

Abg. Ecker bringt danach einen Antrag auf getrennte Abstimmung der beiden Punkte ein, der auch einstimmig angenommen wird. Den ersten Punkt des Ausschussantrags lehne seine Fraktion ab, dem zweiten Punkt würden die Grünen jedoch zustimmen.



GEHÖRT GEHÖRT:

Abg. Kathrin Schindele/SP spricht mit dem Wissen einer fundierten sonderpädagogischen Ausbildung und jahrelanger praktischer Erfahrung. Sie unterstützt nachdrücklich den Antrag und plädiert für eine verstärkte sonderpädagogische Ausbildung von zukünftigen Lehrer*innen. Es könne nicht in zwei Semestern das Wissen und die Praxis vermittelt werden, wie dies früher in sechs Semestern geschah. Und sie stellt die Frage, wie man bei einer berufsbegleitenden Ausbildung an Nachmittagen und Abenden zur nötigen Praxis kommen wolle.

Wenn von Sonderschule gesprochen werde, könne es sich um Klassen handeln, in denen Kinder mit ASO-Lehrplan (Allgemeiner Sonderschullehrplan) neben Kindern mit SES-Lehrplan (Lehrplan für erziehungsschwierige Kinder), neben Kindern mit erhöhtem Förderbedarf oder Körperbehinderungen etc. sitzen. In welches Haus diese Kinder gehen, sei komplett egal. Es wäre durchaus möglich, dass - wie erfolgreiche Beispiele zeigen - diese Kinder, gemeinsam mit den Kindern einer Regelschule in dasselbe Gebäude gehen könnten.

Dort könne Inklusion auch funktionieren, nämlich in bestimmten Gegenständen, die im Lehrplan vorgeschrieben sind. Die Abgeordnete nennt dann das Beispiel einer ihr bekannten Mittelschule, an die eine Förderschule angeschlossen ist und wo in bestimmten Fächern intensive Zusammenarbeit praktiziert werde. Es gebe aber auch Gegenstände, oft „Hauptgegenstände“ genannt, wo Kinder ihren eigenen, geschützten Raum bräuchten, um konzentriert arbeiten und einen Abschluss erlangen zu können.

Und dem Argument, Kinder, die eine Sonderschule besuchen, hätten einen geringwertigen Abschluss, müsse sie widersprechen. Sie erhalte immer wieder Anfragen von Betrieben, die nach Abgängern fragen, weil ihnen diese weitaus lieber wären als jene aus der Regelschule.

Weiters sei eine sonderpädagogische Ausbildung inzwischen auch für Regelklassen hilfreich und notwendig. Die Herausforderungen seien heutzutage so schwierig geworden, dass Kinder, die früher die „alte Sonderschule“ besuchten, heute in Regelklassen sitzen. Auch dort würde Personal für die spezielle Arbeit mit diesen Kindern dringend gebraucht, zusätzlich zu anderem Unterstützungspersonal.

Abg. Schindele schließt mit den Worten: „*Wer Inklusion leben will, der schafft das, der findet Wege. Es gibt die Regelklassen, es gibt Integrationsklassen, wo es gut funktioniert, aber es muss auch Klassen geben, wo Sonderpädagogen unterrichten und wo es verschiedene andere Lehrpläne gibt. Und mein Wunsch wäre, dass die alle in EIN Gebäude hineingehen*“, egal, wie dieses Gebäude heiße.

Abschließend meint die Abgeordnete, es gehe ihr um das Beste für die Kinder, um die beste Ausbildung.

Abg. Helmut Fiedler/FP stimmt mit den Aussagen von *Abg. Schindele* überein und bedankt sich für ihre Worte. Es brauche keine leeren Inklusions-Ankündigungen, sondern ausreichend Personal mit Fachwissen, damit Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht auf der Strecke bleiben. Die Realität in vielen Integrationsklassen sei: zu wenig Sonderpädagogik, zu wenig Assistenz und zu wenig Zeit.

Solch eine Situation verursache eine Überforderung für Lehrer*innen, Mitschüler*innen und die betroffenen Kinder. Daher sei der Grundsatz der FPÖ: „Ohne Sonderpädagogik sei Inklusion nur eine Illusion“. Es brauche für alle Kinder eine passende Umgebung – für manche sei das eine Integrationsklasse, für andere Kinder sei es die Sonderschule“. Und Abg. Fiedler berichtet vom Beispiel einer Familie mit zwei autistischen Söhnen, wo es äußerst schwierig war, auch den zweiten, jüngeren in einer Sonderschule unterzubringen. Dies seien keine Einzelfälle. Im Schuljahr 2022-23 gab es insgesamt 5.196 Schüler*innen in nö. Pflichtschulen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Diese Angebote müssten daher gesichert, dürften nicht kleingeredet oder gar abgebaut werden.

Abschließend formuliert *Abg. Fiedler* drei Forderungen: Wahlfreiheit für die Eltern, ohne Druck und ohne Stigmatisierung. Sonderschulen seien keine Schulen zweiter Klasse. Für viele Kinder seien dies Orte, wo sie Erfolgserlebnisse haben und Fortschritte machen könnten; Qualität durch klare Ausbildung: für dieses Berufsfeld würden Spezialist*innen gebraucht, eine starke, eigenständige Aus- und Weiterbildung in einem eigenständigen Studiengang „Sonderpädagogik“; Ressourcen (= Lehrer*innenstunden!) müssten nach Bedarf zugeteilt werden. Der derzeitige Deckel an Förderbedarf betrage 2,7% - eine Zahl aus dem Jahr 1992. Die Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf habe sich verändert, die Ressourcen seien aber gleichgeblieben. Dieser Deckel müsse daher aufgehoben werden und der Bedarf müsse nach der jeweiligen Anzahl der Schüler*innen erhoben werden. Dies schulde man den Kindern mit diesem Förderbedarf.

Als letzte Rednerin dieses TO-Punkts spricht **Abg. Silke Dammerer/VP**. Sie geht auf das Jahr 2015 ein, in dem eine vertiefende und spezialisierte Ausbildung abgeschafft wurde, in der angehende Pädagog*innen in einer fundierten Ausbildung mit hohem Praxisbezug wissenschaftliche, didaktische und förderdiagnostische Kompetenzen erwerben konnten. Heute werde Inklusion lediglich als Schwerpunkt

innerhalb der allgemeinen Lehramtsausbildung angeboten. Diese Variante sei aber weder ausreichend intensiv, noch ausreichend attraktiv. Dies sei ein Problem, weil die Zahl der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in allen Schulformen steige. Für manche gelinge dieser integrative Unterricht in Regelklassen, manche bräuchten jedoch kleinere, individuellere Lernsettings, klare Strukturen, ein angepasstes Lerntempo und weniger Reizüberflutung, weniger Leistungs- und Vergleichsdruck. Große Gruppen würden manche Kinder überfordern. Hier würden Allgemeine Sonderschulen einen unverzichtbaren Beitrag leisten. Kinder und Jugendliche mit körperlichen, seelischen oder geistigen Beeinträchtigungen würden jene Aufmerksamkeit, Unterstützung und pädagogische Expertise erhalten, die sie brauchen. In Sonderschulen würden Kinder gefordert, aber nicht überfordert.

Betroffene Eltern würden diese Bildungseinrichtungen sehr schätzen, denn sie erkennen, dass ihr Kind im regulären Schulsystem untergehen würde. Und die Abgeordnete berichtet einige Erfolgsgeschichten aus einzelnen Schulen und Familien. Und in Richtung der abwesenden *Abgeordneten Collini* schlägt *Abg. Dammerer* vor, sie möge doch ASOs in NÖ besuchen und sich davon überzeugen, wie großartig hier gearbeitet und gefördert werde. Sie fordert daher den Bildungsminister im Namen der Antragsteller*innen nachdrücklich auf, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen und wieder eine eigenständige, attraktive Ausbildung für Sonderpädagogik zu ermöglichen.

Abschließend leitet die Abgeordnete noch einen dringenden Appell an den Landtag weiter, den zahlreiche Pädagog*innen aus Kindergärten und Schulen an sie herangetragen haben. Ihre gemeinsamen Anliegen: immer mehr Kinder kämen mit erheblichen Defiziten in ihren sozialen, emotionalen und kommunikativen Kompetenzen in die diversen Bildungseinrichtungen. Ein wesentlicher Grund dafür sei ein übermäßiger und oft unbegleiteter Medienkonsum. Die Folgen seien gravierend und umfassten körperliche und geistige Entwicklungsverzögerungen, Konzentrationsprobleme und massive Auswirkungen auf die gesamte kindliche Entwicklung. So engagiert Pädagog*innen auch seien: Bildungseinrich-

tungen könnten Eltern nicht ersetzen. Bildung beginne im Elternhaus, im täglichen Vorleben von Beziehung, Kommunikation und Grenzen. Was dort versäumt werde, könne im institutionellen Rahmen oft nur schwer, oder gar nicht aufgeholt werden. Bildung sei nicht die Aufgabe einzelner, sondern ein gemeinsamer Kraftakt und gemeinsamen Verantwortung von Politik, Pädagog*innen und Eltern. Dies sei eine gemeinsame Verantwortung, den Kindern die bestmöglichen Voraussetzungen für ihren weiteren Lebensweg zu geben.

Zusatzinformation

[Sonderschule und inklusiver Unterricht](#), Bundesministerium Bildung

[Deutsches Schulbarometer 2024: Mehrheit der Lehrkräfte sieht Inklusion als große Belastung | DIE ZEIT \(24.04.2024\)](#)

[Inklusion von Menschen mit Behinderungen : Wirkungsbericht Caritas Österreich \(2024\)](#)

[Inklusion in der Schule: Pro & Contra - Inklusion in der Schule: Pro & Contra | Aktion Mensch](#)

[Inklusiver Unterricht - Schule.at |](#)

[Integration und Inklusion, Autonome Provinz Bozen](#)

[Inklusion ist \(un\)möglich / Leseproben / Content - Zeitschrift für gemeinsames Leben, Lernen und Arbeiten \(Heft 3/2019\)](#)

Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN:

- Notizen von #zHNÖ-Beobachter*innen
- Bericht der NÖ Landeskorrespondenz „Landtag aktuell“
- Videobeiträge der LT-Sitzung
- div. Medienberichte

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

[34. Landtagssitzung – 29.01.2026 \(XX. GP\) – NÖ Landtag](#)

Nachzulesen: Niederösterreichische Landeskorrespondenz - Landtag aktuell

<https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sitzungen/20.GP/2026-01-29/LANDTAG20260129.pdf>

Nächste Landtagssitzung:

Do 26.02.2026, 13 Uhr,

Leopoldsaal, Haus 1A

20 Plätze für Besucher*innen, Platzreservierung jedoch nicht möglich.

Siehe: https://www.noe.gv.at/noe/Schlusseluebergabe_fuer_Ausweichquartier_des_NOe_Landtag.html